



## Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Brigitte Zypries, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der  
44,0ten Konferenz der Informatikfachschaften  
c/o Fachschaft Informatik  
Hochschulstraße 10  
64289 Darmstadt

### Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon 030 227 – 74099  
Fax 030 227 – 76125  
E-Mail: [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de)

### Bürgerbüro

Wilhelminenstraße 7a  
64283 Darmstadt  
Telefon 06151 360 50 78  
Fax 06151 360 50 80  
E-Mail: [brigitte.zypries@wk.bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@wk.bundestag.de)

[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)

Berlin, 19. Juli 2016

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

vielen Dank für Ihren Brief zur Cyberstrategie der Bundesregierung, den Sie an mehrere Bundestagsabgeordnete gerichtet haben. Als für Darmstadt zuständige Bundestagsabgeordnete antworte auch ich Ihnen gerne.

In einem Punkt gebe ich Ihnen Recht: Die Bundeswehr darf keine offensive Cyberstrategie führen. Dies ergibt sich bereits aus Artikel 87a Abs. 1 des Grundgesetzes. Jegliche Abweichungen von diesem Grundsatz würden gegen die Verfassung verstoßen. Ein Verteidigungsernstfall müsste zudem vom Bundestag sowie Bundesrat bzw. vom Gemeinsamen Ausschuss gemäß Art. 115a des Grundgesetzes festgestellt werden.

Eine Neuausrichtung der Bundeswehr ist angesichts der Verwundbarkeit der digitalen und weltweit vernetzten Gesellschaft aber dringend notwendig – die Frage, ob wir einen neuen „Operationsraum“ definieren, stellt sich meines Erachtens nicht, denn er ist längst da: Laut Informationen des Bundesverteidigungsministeriums gab es allein im vergangenen Jahr 71 Millionen unberechtigte oder feindselige Zugriffsversuche und computergesteuerte Angriffe auf Server der Bundeswehr, wovon 8,5 Millionen Angriffe mit der Gefahrenstufe „hoch“ eingestuft wurden.

Auch wenn die ganz überwiegende Mehrheit der Cyberangriffe derzeit auf private Akteure zurückzuführen ist, entwickeln immer mehr Staaten militärische Cyberfähigkeiten. Und darauf muss Deutschland



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Seite 2 von 3 Seiten

---

reagieren und vorbereitet sein. Nicht alles ist jedoch Aufgabe der Bundeswehr. Mehr als bisher kommt es auf eine Kooperation der unterschiedlichen Akteure und eine feste Ressortzusammenarbeit an. Hierfür brauchen wir klare Regeln, Absprachen und definierte Prozesse – und wir brauchen auch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die notwendigen Fähigkeiten der Bundeswehr im Cyberraum. Ihr Positionspapier ist deshalb ein wichtiger Beitrag für diese Debatte!

Würden wir Ihren Forderungen folgen und auf eine Cyberstrategie verzichten, hieße das, Deutschland würde sich wissentlich angreifbar machen. Das wäre keine verantwortungsvolle Politik für unser Land. Dass wir mit einer vernünftigen Cybersicherheitspolitik unser Land gegen Cyberangriffe schützen heißt nicht, dass wir uns an einem globalen IT-Wettrüsten beteiligen, wie Sie schreiben. Unser Ziel ist nicht, andere IT-Systeme zu zerstören, sondern die eigenen zu schützen.

Auf internationaler Ebene müssen wir beispielsweise auch über die Weiterentwicklung des Völkerrechts in den Zeiten der Digitalisierung diskutieren: Wie muss sich das Völkerrecht an das digitale Zeitalter anpassen? Wie kann das bindende Völkerrecht mit einem gemeinsamen Verständnis über Rechte und Normen im Netz weiterentwickelt werden? Wie können digitale Abrüstungsinitiativen und Kooperationen für mehr Sicherheit im weltweiten Netz aussehen? Dazu sollten beispielsweise im Rahmen der UN auf internationaler Ebene Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen getroffen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in der weiteren Diskussion über eine vernünftige Cyberstrategie weiter dafür einsetzen, angemessene Entscheidungen zu treffen und bei allem – wie bislang auch bei sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungen – die parlamentarische Kontrolle z.B. bei der Zusammenarbeit von Bundeswehr und Nachrichtendiensten sicherzustellen. Wichtig ist uns auch, dass eine solche Cyberstrategie nur gemeinsam mit den Partnern von EU, NATO und den Vereinten Nationen Sinn macht.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Zypries, MdB